

FORUM

Die verlorene Generation

Südeuropas Jugend wird abgehängt VON LOUIS CHAUVEL UND MARTIN SCHRÖDER

Lange basierte der Frust von Südeuropas Jugend darauf, dass nach der Schule immer häufiger die Arbeitslosigkeit folgte. Nun aber zeigen Daten, dass die Jugendlichen einen weiteren Grund haben, vor Wut auf die Straße zu gehen. Ihr Einkommen für die gleiche Arbeit ist – verglichen mit früheren Generationen – deutlich geringer.

Neue Berechnungsmethoden, die wir mit Daten der angesehenen Luxembourg Income Study durchgeführt haben, zeigen, dass in fast allen entwickelten Ländern jede Generation, die zwischen 1920 und 1955 geboren wurde, jeweils sehr viel höhere Einkommen als ihre Vorgängergeneration hatte. In einigen Ländern gilt dieser Trend auch für Generationen, die nach 1955 geboren wurden. Sowohl in skandinavischen Ländern mit sogenannten sozialdemokratischen Wohlfahrtssystemen als auch in den englischsprachigen Ländern mit sehr knauserigen Wohlfahrtssystemen, profitieren Generationen, die nach 1955 geboren wurden, ungebrochen von den mit jeder Generation zunehmenden Einkommen, an die vorherige Generationen sich gewöhnt haben.

Auch in Deutschland ist dies nicht anders. Den jungen Generationen geht es hier besser, als die öffentliche Diskussion vermuten lässt. Trotz vermeintlicher Endlospraktika und prekärer Arbeitsverhältnisse setzen seit 1960 in Deutschland geborene Generationen recht nahtlos die Einkommenszugewinne fort, welche die vorherigen Generationen genießen konnten.

Franszösische, spanische und italienische Generationen, die von 1960 an geboren wurden, profitieren hingegen nicht mehr vom Wirtschaftswachstum ihrer Länder, denn alle Wohlstandszugewinne gehen rechnerisch an die Generationen, die vorher geboren wurden. Die Einkommen von Generationen, die in diesen Ländern nach 1970 geboren wurden, sind sogar um 25 bis 30 Prozent niedriger als die Einkommen, die nötig wären, damit später geborene Generationen – wie in anderen Ländern – vom selben Einkommensrendite wie ihre Vorgängergenerationen profitieren. Italienische Generationen, die zwischen 1960 und 1975 geboren wurden, haben inflationsbereinigt sogar weniger Einkommen als ihren eigenen Eltern. Ausnahmen gibt es nur dann, wenn sie die Einkommensverluste mit besserer Bildung ausgleichen konnten.

Ist dies nicht unvermeidlich? Schließlich sind Menschen, die in den zehn Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden, in einer Zeit beispiellosen Wirtschaftswachstums groß geworden. Und sie fanden feste Stellen, bevor die Arbeitslosigkeit in den 1970er Jahren in allen Ländern zunahm. Generationen, die ab 1960 geboren wurden, waren wiederum mit zunehmender Arbeitslosigkeit und schwächerem Wirtschaftswachstum konfrontiert. In der Tat gilt dies für alle Länder. Warum führt es dann nicht auch überall zu den oben beschriebenen Ungerechtigkeiten?

Zwar haben alle entwickelten Länder seit den 1970er Jahren ihr Wirtschafts- und Sozialsystem liberalisiert. Doch englischsprachige Länder wie Großbritannien, die sogenannten liberalen Wohlfahrtsstaaten, haben durch diese Liberalisierung dafür gesorgt, dass alle Bürger dem Markt gleichermaßen ausgesetzt sind.

Skandinavische Länder haben im Gegensatz dazu zwar üppige Sozialleistungen beschnitten, doch davon waren alteingesessene Arbeitnehmer ebenso betroffen wie Berufsanfänger. Deutschland wiederum schützt seit der Agenda 2010 auch ältere Arbeitnehmer nicht vor Armut durch Arbeitslosigkeit, sodass Erwerbslose nun auch geringer bezahlte Beschäftigungen annehmen müssen. Außerdem drängen in Deutschland immer mehr junge Leute mit abgeschlossener Ausbildung auf den Markt – diese laufen tendenziell weniger Gefahr, später arbeitslos zu werden.

Und die Regierungen im Süden Europas? Sie schützen trotz aller Liberalisierung immer noch besonders jene Arbeitnehmer, die einen festen Job haben. Dies führt zu einem Zusammenhang, den es nur dort gibt. Generationen, die in Frankreich, Italien und Spanien nach 1960 geboren wurden, sind in schwierigen Zeiten nicht nur der höchsten Jugendarbeitslosigkeit ausgesetzt – oft von über 20 Prozent. Wenn eine Generation in einem südeuropäischen Land auf den Arbeitsmarkt kommt, während die Jugendarbeitslosigkeit hoch ist, wirkt sich dies zudem negativ auf ihr lebenslanges Einkommen aus.

Ob eine Generation vom Wirtschaftswachstum ihres Landes profitiert, erklärt sich in Spanien, Frankreich und Italien ganz maßgeblich dadurch, wie hoch die Arbeitslosenquote einer Generation war, als sie zum ersten Mal auf den Arbeitsmarkt kam.

Noch entscheidender ist die Frage der Investitionen. Je mehr Unternehmen und Staaten investieren, während eine neue Generation auf den Arbeitsmarkt kommt, desto größer ist in Südeuropa die Chance auf höhere Einkommen. In anderen Ländern gibt es diesen Zusammenhang nicht. Hier leiden alle Generationen unter hoher Arbeitslosigkeit oder niedrigen Investitionen, nicht nur diejenigen, die gerade auf den Arbeitsmarkt kommen.

Lediglich südeuropäische Länder schützen alteingesessene Arbeitnehmer somit so sehr, dass für neue Generationen nur in guten Zeiten Platz auf dem Arbeitsmarkt ist. Denn wer dort einmal einen festen Job hat, kann diesen meist ein Leben lang behalten. Wer in wirtschaftlichen Aufwärtphasen auf den Arbeitsmarkt kommt, für den werden gute Stellen frei, und er wird schnell unkündbar. Den Preis dafür müssen all jene Generationen tragen, die in wirtschaftlich schlechten Zeiten mit der Arbeit beginnen. Wirtschaftskrisen sind möglicherweise unvermeidbar, doch die Art des Wirtschaftssystems und des Wohlfahrtsstaates entscheidet darüber, ob nur die Generation darunter leidet, die während der Krise auf den Arbeitsmarkt drängt.

Aus diesem Problem gibt es zwei Auswege. In englischsprachigen Ländern ist keine Generation gegenüber einer anderen aufgrund wohlfahrtsstaatlicher Leistungen oder Kündigungsregeln bevorzugt – es gibt sie ohnehin kaum. Skandinavische Länder bieten dahingegen allen Generationen einen hohen Schutz, nicht lediglich den Arbeitnehmern, die schon lange eine feste Stelle haben. Wenn Frankreich, Spanien und Italien eine verlorene Generation vermeiden wollen, müssen sie sich für einen der beiden Wege entscheiden.



Martin Schröder (oben) ist Soziologieprofessor in Marburg, Professor Louis Chauvel lehrt das Fach in Luxemburg

DER STANDPUNKT

Es geht bloß um Macht

Der Mindestlohn soll den Menschen helfen? Na ja, aber nur, wenn er den Verbänden nicht schadet! VON KOLJA RUDZIO

Beim Mindestlohn geht es nicht um Menschen, sondern um Verbände und ihre Macht. Das wird daran deutlich, wie bereits über die künftigen Erhöhungen des Mindestlohnes diskutiert wird. Nach welchen Regeln soll die Mindestlohn-Kommission den Lohnsatz in Zukunft anheben? Das ist eine wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Frage. Denn sie entscheidet darüber, wie der Mindestlohn wirkt. Hilft er Niedriglöhnern, den Abstand zu mittleren Einkommensschichten zu verringern? Oder kostet er am Ende doch deren Jobs?

All das sollte ein Thema für Diskussionen sein, doch stattdessen sorgen sich die Beteiligten nur um eines: Wo droht mir ein Verlust an Macht?

Es ist absurd. In der Öffentlichkeit wird derzeit ohnehin nur diskutiert, welche Ausnahmen vom Mindestlohn erlaubt sein sollen. Dabei ist an dieser Stelle kaum noch Bewegung zu erwarten. Die wichtigsten Argumente sind ausgetauscht, Praktikanten und Langzeitarbeitslose werden nur in bestimmten Fällen ausgenommen, Auszubildende und Minderjährige wohl generell. Viele weitere Sonderregeln sind nicht zu erwarten. Und letztlich ist ein flächendeckender Mindestlohn, so man ihn denn will, auch nur mit einer begrenzten Zahl an Ausnahmen handhabbar und wirksam.

Arbeitgeber und Gewerkschaften treibt vor allem eine Sorge um: Der Mindestlohn könnte ihre Tarifverhandlungen beeinträchtigen

Viel entscheidender ist, wie hoch die flächendeckende Lohnuntergrenze sein soll. Politisch festgelegt wurde zunächst ein Stundensatz von 8,50 Euro. Er soll vom 1. Januar kommenden Jahres an gelten. Für bestimmte Tarifverträge gibt es eine Übergangsregelung. Aber was passiert danach?

Logisch wäre es, wenn über die Einkommen im Niedriglohnssektor anhand der konkreten Lage in diesem Bereich entschieden würde. Stellt man zum Beispiel fest, dass der Mindestlohn entgegen vielen Warnungen keinerlei Arbeitsplatzverluste beschert, könnte er besonders stark angehoben werden. Dann hätten die Niedriglöhner die Chance, beim Einkommen langsam aufzuholen. Zeigt sich dagegen, dass doch viele Jobs wegfallen oder Menschen in die Selbstständigkeit gedrängt werden, könnte es richtig sein, den Mindestlohn nächstes Mal etwas weniger zu erhöhen. Beides wäre im Sinne der Betroffenen zumindest zu prüfen.

Doch die Arbeitgeber und die Gewerkschafter, die in der Mindestlohn-Kommission sitzen sollen, erklären schon jetzt, dass sie solche Diskussionen nicht wollen. Sie fürchten, der Mindestlohn könnte auf andere Tarifverhandlungen ausstrahlen. Die IG Metall oder die Arbeitgeber einzelner Branchen möchten aber nicht, dass ihre Verhandlungsmacht in irgendeiner Weise eingeschränkt wird.

Das sagen die Beteiligten ganz offen. Nur aus diesem Grund soll der Mindestlohn bloß alle zwei Jahre angehoben werden, und zwar nur in Höhe der durchschnittlichen vorherigen Tariflohnentwicklung. Lediglich in »Ausnahmefällen«, über die sich beide Seiten wohl kaum einig werden, dürfe er davon abweichen.

Im Grunde heißt das: Man könnte auch einen Sachbearbeiter im Statistischen Bundesamt bitten, den Mindestlohn festzusetzen. Auf dass bloß keine Diskussion in Gang kommt.

Das ist eine dramatisch schlechte Lösung für die vom Mindestlohn betroffenen Menschen. Da macht es Großbritannien viel besser. Dort prüft eine Kommission jedes Jahr die Wirkung des Mindestlohnes: Kommt eine Erhöhung bei den Beschäftigten an? Wie wirkt sie in einzelnen Branchen, Regionen und Berufen? Welchen Spielraum, auch für überdurchschnittliche Anhebungen, gibt es? Studien werden dazu in Auftrag gegeben und veröffentlicht. Erst danach wird in Großbritannien entschieden. Und dabei haben in der dortigen Kommission unabhängige Arbeitsmarktexperten ein gewichtiges Wort mitzureden. Großbritannien gilt als Beispiel für einen funktionierenden Mindestlohn. Es könnte ein Vorbild für Deutschland sein.

Doch hierzulande dreht sich bisher alles nur darum, ob der Mindestlohn den Verbänden schade. Das ist, was man ein Tarifkartell nennt: Arbeitgeber und Gewerkschafter, die nur ihre eigenen Interessen im Blick haben. Lange Zeit war das nicht so sichtbar wie hier.

FORUM

Die Franzosen sollten länger arbeiten

Um wieder Wachstum zu schaffen, braucht Präsident Hollande den »Schröderschen Mut« VON PAUL WELFENS

Ein Viertel der französischen Wählerstimmen für den Front National – das war schockierend. Darin zeigt sich nicht nur, dass die Franzosen mit Europa fremdeln. Sie protestieren auch gegen die nationale Politik. So hat die konservative Oppositionspartei mit Skandalen und die sozialistische Regierungspartei mit Reformunfähigkeit die Franzosen vor den Kopf gestoßen. Und doch kommt dem unter einer Wachstumsschwäche leidenden Land eine Schlüsselrolle in der EU zu.

Die Regierungen unter Präsident Hollande haben bislang viel ideologische Politik betrieben – vor allem die Steuerpolitik war investorenfeindlich und wachstumsschädlich. Einzig in einem Punkt kann Hollande punkten: Er hat den sonderbaren Zustand korrigiert, dass in Frankreich das oberste Fünftel der Einkommenspyramide nach staatlichen Umverteilungsmaßnahmen höhere Einkommen vorwies als vor der Umverteilung.

Jetzt erwartet Hollande von der EU mehr Wachstumspolitik. Die EU hat dafür aber nur ein Minibudget von einem Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts zur Verfügung. Paris muss sich also vor allem selbst helfen. Bloß ist Frankreichs zaudernde Präsident bislang nicht zu Reformen für mehr Wachstum bereit. Dabei würde es das Bruttoinlandsprodukt allein um drei Prozent steigern, wenn die Arbeitszeit von 35 auf 37 Stunden stiege.

Frankreich betreibt zudem bislang eine luxuriöse Mindestlohnpolitik. Zwar gibt es durchaus gute Argumente für einen Mindestlohn, aber dass der Staat

den Preis der Arbeit so hoch festsetzt, dass in der Folge ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts als Lohnsubventionen an die Firmen geht, ist nichts als ein Fehler.

Genauer gesagt, zahlt Frankreich wegen eines hohen, national einheitlichen Mindestlohnes von fast zehn Euro den Unternehmen durchschnittlich rund zwanzig Prozent der des Lohnes aller Mindestlöhner. Der Grund: Damit durch den hohen Mindestlohn nicht zu viele Jobs verloren gehen, subventioniert der Staat die Beschäftigung kräftig. Dies wird seit Jahren auf Kredit finanziert. Wenn das so bleibt, wachsen allein aufgrund der Lohnsubventionen die Schulden Frankreichs über die Jahre massiv an. Diese Staatsschuld muss obendrein auch noch verzinst werden.

Ein Staat, der regional zu wenig differenzierte Mindestlöhne auf Kredit finanziert, muss daher auch bei den Zinszahlungen eine hohe Rechnung für so viel Unvernunft bezahlen. Will man dafür nicht noch mehr Schulden machen, muss man die Steuer erhöhen. Das kostet wiederum Investitionen, Wachstum, Jobs. Ein echter Teufelskreis.

Würden die Franzosen den Mindestlohn dagegen regional variieren und die Lohnsubventionen auslaufen lassen, könnten die Steuern

für alle Arbeitnehmer gesenkt werden. Das ließe die Wirtschaftsleistung um über ein Prozent steigen und würde mindestens 200 000 zusätzliche Jobs schaffen.

Wenn Hollande den Schröderschen Reformmut fände, könnte Frankreich insgesamt mindestens eine halbe Million zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Zwar führen solche Reformen zu erheblichem Unmut, aber ewiges Zaudern ist verhängnisvoll. Nur dem Mutigen wird am Ende Anerkennung zuteil.

Mehr Wachstum in Frankreich wäre sogar für die Krisenländer Spanien und Italien hilfreich, weil die Franzosen dann mehr Waren aus diesen Ländern einführen könnten.

Ja, die EU sollte Frankreich auch helfen, indem sie wichtige Märkte vereinheitlicht: Ist es nicht sonderbar, dass man an einem Fahrkartensystem der Deutschen Bahn AG das Ticket für den französischen Zug Köln–Paris nicht kaufen kann? Und in Frankreich auch kein ICE-Ticket am Verkaufsautomaten der französischen Staatsbahn ziehen kann.

Aber wichtiger ist: Wenn Präsident Hollande nicht zügig sein Land reformiert, liefert er Frankreich faktisch bei der nächsten Präsidentschaftswahl dem Front National aus. Das wiederum könnte die politische Kooperation Berlin-Paris beenden.



Paul Welfens leitet den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Bergischen Universität Wuppertal

„DER FALSCHER FLITZER“



Siehst du noch richtig? Tore, Samba und verrückte Fans – auf die WM freut sich wirklich jeder. Und natürlich will keiner bei einem solchen Fußballfest das Beste verpassen. Aber zum Glück gibt's dafür ja die richtige Taktik: zum Beispiel einen Sehtest beim Augenoptiker. Und der wünscht allen Fußballfans schon jetzt viel Spaß bei der WM.

